

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V.

Berlin, Oktober 2011

61. Jahrgang, Nr. 708

Dieser Dank ist ungeheuerlich

Der Schriftsteller Reiner Kunze gibt eine Stellungnahme zur Titelseite in Zeitung „junge Welt“ zum 13. August 2011 ab

Die Tageszeitung „junge Welt“, gegründet 1947 in Ostberlin, veröffentlichte am 13. August 2011 auf ihrer Titelseite ein Foto mit Mitgliedern einer Betriebskampfgruppe der DDR, die mit schussbereiten Maschinenpistolen vor dem Brandenburger Tor stehen, und schreibt dazu u. a.: „Wir sagen an dieser Stelle einfach mal: Danke ... für 28 Jahre Hohenschönhausen ohne Hubertus Knabe.“

In Hohenschönhausen befand sich 28 Jahre lang die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, und Hubertus Knabe ist der Leiter der Gedenkstätte, die nach dem Fall der Mauer in diesem Gefängnis eingerichtet wurde.

Dieser Dank ist das Ungeheuerlichste, das ich nach 1989 in einer deutschen Zeitung gelesen habe. Zu direktem Rufmord ist es nicht mehr weit.

1990 sagte in Ostberlin der Geheimdienstoberstleutnant a. D. Willi Rom in einem WELT-Interview mit Jürgen Serke: „Die Partei, die ist noch da. Die KPD hat unter viel schwierigeren Umständen gekämpft. Sie hat nie aufgegeben. Sie gibt vielleicht ihren Namen auf, heißt SED oder PDS, aber sie gibt nie ihr Ziel auf. Warten Sie ab. Das, was hier in der DDR passiert, ist noch lange nicht fertig ... Die darauf hoffen, dass der Kommunismus am Ende ist, hoffen vergebens.“

Die Partei heißt jetzt „Die Linke“.

Reiner Kunze

Reiner Kunze verließ die DDR im April 1977, nachdem ihm von den DDR-Sicherheitsorganen wegen seiner konsequenten staatskritischen Haltung eine Haftstrafe angedroht worden war. Er hat auch nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik weiterhin seinen konsequent-kritischen Standpunkt gegen die DDR vertreten.

Hubertus Knabe ist Historiker und stammt aus Unna. Seit 2001 leitet er als wissenschaftlicher Direktor die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Aus den Reihen linksorientierter Kritiker wird ihm immer wieder vorgeworfen, sich als „Wessi“ ein Urteil über die Geschichte der DDR anzumaßen. Dabei wird vergessen, dass auch in den Reihen der Partei Die Linke Politiker aus den alten Bundesländern aktiv sind, die ebenfalls meinen, die DDR kompetent beurteilen zu können.

Wer hat mit der „Hauptfürsorgestelle“ zu tun?

Betroffene und Interessierte sollen sich melden und sich am Netzwerk beteiligen!

In der April-Ausgabe der Freiheitsglocke (Nr. 702) stand ein Aufruf „Gleichbetroffene gesucht“. Die Initiative war von einem Betroffenen aus Berlin, der schwerbehindert ist und mit der Hauptfürsorgestelle in Berlin zu tun hat und den insbesondere auch Fragen des Berufsschadensausgleichs (§ 30 Abs. 3 und 6 Bundesversorgungsgesetz) interessieren, an das VOS-Landesbüro Berlin herangetragen worden. Leider war die Reaktion darauf nicht sehr ermutigend: es kam keine einzige Rückmeldung.

Der genannte Kamerad hat mich deshalb gebeten, noch einmal aktiv zu werden, denn es gibt in der VOS durchaus eine Reihe von Kameradinnen und Kameraden, für die das in Betracht kommt. Dies sind insbesondere all jene, bei denen ein haftbedingter Gesundheitsschaden festgestellt und vom Versorgungsamt anerkannt worden ist und die in Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes Anspruch auf „Kriegsopferfürsorge“ haben.

Anspruchsberechtigte auf „Kriegsopferfürsorge“ sind nicht nur Menschen mit Gesundheitsschäden oder Behinderungen aus dem Zweiten Weltkrieg. „Leistungen der Kriegsopferfürsorge“ können auch anerkannte Beschädigte und Hinterbliebene nach ... dem Häftlinghilfegesetz, dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz erhalten. ...

Die Kriegsopferfürsorge wird von der Hauptfürsorgestelle durchgeführt, umfasst alle Fürsorgeleistungen des sozialen Entschädigungsrechts und dient der Ergänzung der übrigen Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes durch besondere Hilfen im Einzelfall.“

Wer ist daran interessiert, wer könnte mit seinen eigenen Erfahrungen anderen weiterhelfen?

Der eingangs erwähnte Kamerad möchte zu diesem Zweck ein lockeres Netzwerk aufbauen.

Bitte melden Sie sich, meldet Euch beim VOS-Landesbüro Berlin, Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin, Tel.: 030-25462638, Fax: 030-23005623, E-Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dr. Frieder Weiße, Landesgeschäftsstelle Berlin

In der letzten Ausgabe der Fg hat die aktuelle politische Analyse mal wieder etwas mehr Platz als gewohnt eingenommen. Hierzu sind von einigen Kameraden telefonische Rückmeldungen eingetroffen. Manche möchten in der FG insgesamt mehr Informationen und Kommentare zur Politik, anderen ist das Gebotene ausreichend.

Hierzu möchte ich erwidern, dass die Freiheitsglocke trotz der verbandsinternen Bedeutung eine Zeitschrift ist, die ohne politische Betrachtungen und Nachfragen nicht auskommt. So wie auch die VOS ein Verband ist, dessen Mitglieder politisch aktiv und interessiert sind, heute und in allen früheren Zeiten. Wie erwähnt, ist das Jahr 2011 mit vielen Landtagswahlen gefüllt. Die politische Stimmung in Deutschland ist demnach deutlich ablesbar. Insbesondere ist für uns der Niedergang der FDP, mit der verschiedene Kameradinnen und Kameraden sympathisieren, ein Aspekt. Ebenso legen wir unser Augenmerk auf den Aufstieg der Piraten-Partei, da sich allmählich immer mehr Wähler der Linken, aber auch der Grünen hierher orientieren.

Das heißt, die Parteienlandschaft ist dabei, sich zu verändern. Das Potenzial der Linken schwindet, auch die Grünen dürften an ihre Obergrenze gestoßen sein. Die Piraten-Partei ist in weiten Teilen eine Partei von jungen Leuten. In ihr wächst eine Generation heran, die mit der Teilung Deutschlands nicht mehr persönlich konfrontiert gewesen ist. Sie sieht ihr politisches Einstiegsthema in der digitalen Sphäre. Transparenz und Internetkosten sind einige ihrer Schwerpunkte. Auf diesen Gebieten haben die „Etablierten“ kaum etwas zu bieten, da die älteren Politiker offenbar die Bedeutung und die Aufgaben des Mediums Internet noch nicht erkannt haben und viele Nachwuchspolitiker der eingesessenen Parteien eher den Schein von Karrieresucht erwecken.

Dabei dürfte jeder wissen, dass der Einfluss der digitalen Medien unaufhaltsam schnell voranschreitet. Wenn man also jahrelang von der Notwendigkeit einer sauberen

Umwelt geredet und dafür gekämpft hat – leider, wie man das in China und den Ländern mit Atomkraftwerk-Programmen klar sehen kann, mit mäßigem Erfolg – so ist mittlerweile auch eine Epoche angebrochen, in der man das Medium Internet nicht unbeachtet lassen kann.

Auf ein Wort = des Redakteurs

Auch für uns als SED-Opfer spielt das digitale Potenzial eine größere Rolle, als wir denken. Allein die Aufarbeitung und Erfassung der Stasi-Akten ist durch Computerprogramme leichter und schneller möglich geworden. Ebenso der Erhalt und die Wiedergabe von Zeitzeugenberichten, von Fotos und Dokumenten. Was einmal digital erfasst ist, könnte sogar länger existieren als die Menschheit an sich. (Übrigens wird auch die Freiheitsglocke digital erstellt und abgespeichert.)

Die Fragen, wem gehört das Internet, wer darf daran verdienen oder wer darf sich zu welchen Kosten und Bedingungen darin „verewigen“, sind demnach alles andere als unbedeutend. Viele andere Fragen und Schwerpunkte kommen hinzu.

Dass nun eine Partei ins Rampenlicht tritt und sich des Themas programmatisch annimmt, hat also eine Menge für sich. Ungeachtet dessen ist dieser Beitrag kein Werbetext für die Piraten-Partei. Er soll jedoch zumindest auch den anderen Parteien für das Stammbuch gereichen. Nur so wird man auf Dauer mitreden können, wenn es um Themen geht, die fast schon nicht mal mehr modern, sondern alltäglich sind, die aber dennoch genügend (mit Verantwortung betraute) Mitbürger ausblenden. Nur so wird man auch wieder mehr (junge) Wähler erreichen.

Wer möchte, kann ausführlichere Betrachtungen auf der Internetseite www.first-minute-buecher.de unter den Blog-Themen nachlesen.

An dieser Stelle sei mir nun ein Themensprung gestattet, der direkt zur VOS überleitet. Kamerad Walter Jürss hat mich (zum Glück ohne Vorwurf) darauf aufmerksam gemacht, dass ich im vorigen Jahr seinen 85. Geburtstag versehentlich übergangen habe. Leider bin ich nicht durchgängig über entsprechende Daten informiert. Ich möchte daher an dieser Stelle klar zum Ausdruck bringen, dass ich entsprechende Hinweise gern entgegennehme. Sie müssen nur rechtzeitig kommen, und niemand sollte sich verlegen zeigen, auch für sich selbst einen runden Geburtstag oder ein anderes Jubiläum anzuzeigen. Ich bin dann gern bereit, dies in der Freiheitsglocke zu würdigen.

Nochmals möchte ich an dieser Stelle die Rolle unserer älteren Kameradinnen und Kameraden ausdrücklich hervorheben. Erstens leisten sie (noch immer) sehr viel für unseren Verband, zweitens sind sie es, die die VOS überhaupt erst aufgebaut haben, die in keineswegs einfachen Zeiten während der deutschen Teilung neben der organisatorischen Arbeit auch die politische Bedeutung des Widerstand gegen die kommunistische Diktatur in die Öffentlichkeit gebracht haben. Egal, dass es auch in früheren Zeiten immer wieder (auch personelle) Konflikte gab, standen doch das Wohl und das Ansehen des Verbandes immer an erster Stelle. Ich würde mir wünschen, dass das jede und jeder in der VOS begreift, vor allem dass sich die nachfolgenden Generationen die kameradschaftlich-moralische Haltung, die in der VOS dereinst gegolten hat, wieder zu Eigen machen.

Natürlich fallen hiermit meine und unsere Glückwünsche an den Kameraden Walter Jürss zu seinem 86. Geburtstag in eben diesem Oktober umso herzlicher aus. Immer noch ist Kamerad Jürss aktiv, was man bei seinen Einsätzen in Schwerin und Bützow und auch anhand der Buchveröffentlichung „Vogelsang hinter Gittern“ bis heute feststellen kann.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Die Empörung hält noch an

Schriftsteller Reiner Kunze gibt Erklärung zur „junge Welt“-Veröffentlichung vom 13. August

Redaktionsthema:

Die Piraten-Partei, das Internet, die VOS und die „älteren“ Kameraden 2

Die Erinnerung ist untilgbar

Buchenwald-Treffen auch in diesem Jahr mit großer öffentlicher Beteiligung 4

Novellierung war lange überfällig

VOS-Bundesvorsitzender gibt Erklärung zur Überarbeitung des Stasi-Überprüfungsgesetzes 4

Auf dem Weg zur Arbeit verhaftet und dann nach Moskau verschleppt

Würdiges Opfergedenken mit CDU-FDP-Fraktion der VOS in Schwerin 5

Das Eigentum und die soziale Anbindung blieben fast für immer verloren

50-jährige Wiederkehr des Tages der großen Zwangsaussiedlung aus den Grenzgebieten 6

Die Wölfe im Schafspelz arbeiten weiter an der Unterwanderung der Demokratie

Hinweis auf ein Mielke-Telegramm 7

Sie wissen nicht, was sie tun – wirklich nicht?

Die Zurschaustellung von DDR-Symbolen als Spaß-Faktor stört kaum noch jemanden 7

Wen interessiert heute noch die Stasi?

Von der SED verstoßen und auch sonst keine Anbindung 7

Wenigstens mal darüber nachdenken und diskutieren

Könnte die VOS nicht doch eine Namensergänzung vertragen – ein Vorschlag, ein Diskussionsbeitrag 8/9

Wahrheit und Erinnerung

Das Gedicht für die Fg 9

Abgeführt, eingesperrt und die Kinder einfach weggenommen

Literatur-Experte Jörg Bernhard Bilke stellt ein Buch über Verhaftung und Zwangsadoption und die Folgen vor 10-12

Richtigstellung für die Fg

Eine Verwechslung und einige Hinweise zur Person von Siegfried Walther 12

Gedenkstätte entwickelt sich zum Besuchsmagneten

Selbst ausländische Schulklassen kommen inzwischen nach Bautzen 13

Einfach anstrengend

Die Linke und der NRW-Tag in Bonn 13

Habe mich über diesen Beitrag gewundert

Das Für und Wider zur Meinungsfreiheit in der Freiheitsglocke 14

Gedenken am Scheitelpunkt der Systeme

Hamburger Bezirksgruppe an Grenzsäule 231 14

Auch nach so vielen Jahren noch ein stilles

Gedenken an diese Opfer
Magdeburger Gruppe reist nach Stolberg 15

Geist und Seele bleiben im Erleben gefangen

Vorwort zum Erinnerungsbuch von Siegfried Jahnke 15

Das ist schon ein echtes „Aha-Erlebnis“!

Japanisches Fernseheteam filmt (auch Kamerad Kögel) für Fernsehsendung an Uni Heidelberg 16

- Aufruf, Angebot 1
- Anmerkungen, Hinweise 4, 7
- Zitate 9, 15
- Leserbriefe 7, 14
- Nachruf, Verstorbene 9, 15
- Impressum 16

Einladung VOS Chemnitz

Jahresabschlussveranstaltung

am Samstag, den 05. November 2011

10.00 Uhr (Einlass: 09.30 Uhr)

nach Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links),

Der Vorstand der VOS Chemnitz – Hohenstein-Ernstthal – Stollberg

Teilnahmebestätigung: an VOS-CHEMNITZ, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz

oder telefonisch unter: 037209/80481 oder

Achtung aufpassen:

27. Oktober 2011 um 9:00 Uhr
erstmalige Aufführung eines pädagogischen
Theaterprojekts für Kinder
zwischen 6 und 12 Jahren
in der Gedenkstätte Bautzen
Info auch unter für
weitere Aufführungen unter:
www.gedenkstaette-bautzen.de

Auch im Oktober aktive Spender

Rosemarie und Erich Marzahn, Manfred Fenner, Britta und Ferdinand Reinecke, Waltraud Ewert, Erich Keppeler, Horst Schönberg, Christine Liszewski, Erna und Helmut Padel, Steffen Hebestreit, Ursula und Kurt Vahle, Margarete und Albin Lichy, Dieter Veit, Hubert Gärtig, Bernd Noll, Ruth und Joachim Stein, Melanie Kollatzsch, Erhard Auraß, Maria und Kurt Pickel, Kurt Lotz, Werner Friedrich, Robert Kneib, Gisela und Dieter Wulff.

Allen Genannten ein herzliches Dankeschön

Über bestimmte Parteien:

Das Grast wächst zwar nicht schneller, wenn man daran zieht, aber wenn man es nur schneidet, anstatt es zu tilgen, werden seine Wurzeln nur noch kräftiger.

Abgewandeltes Afrikanisches Sprichwort

Dankesworte, Verabschiedungen, Zeitzeugenberichte und Erinnerungen an schreckliche Zeiten

Ein wichtiger Rückblick auf das diesjährige 21. Treffen in Buchenwald im September

Die *Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V.* lud am Samstag, dem 17. September 2011 gemeinsam mit dem *Häftlingsbeirat für das Speziallager*, der *Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora* sowie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* in die Gedenkstätte Buchenwald zum 21. Buchenwaldtreffen ein. Wie bei den früheren Veranstaltungen sollte auch mit diesem Treffen an das Speziallager Buchenwald erinnert werden, das die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg im einstigen Konzentrationslager Buchenwald eingerichtet hatte. Lesen Sie nachstehend den Bericht über das Treffen, verfasst von Kamerad Rolf Staudte aus Gera.

nisteriums für Staatssicherheit, Frau Hildigund Neubert und der Weimarer Oberbürgermeister.

Als Dank für die gute Zusammenarbeit überreichte Frau Brauer Herrn Professor Volkhardt Knigge, dem scheidenden Kustos des Speziallagers, Dr. Bodo Ritscher und dem Verwaltungsdirektor der Gedenkstätte, Herrn Mönch, Blumensträuße.

Im Anschluss an den ökumenischen Gottesdienst hatten die Teilnehmer die Gelegenheit zum Besuch des Museums und des Waldfriedhofes.

Der Nachmittag begann im Kinosaal mit dem Film über das sowjetische Speziallager 2. Im Anschluss daran fand in der Jugendbegegnungsstätte in drei Ar-



Bei herrlichem Sonnenschein versammelten sich die Teilnehmer des 21. Buchenwald-Treffens auf dem Gedenkplatz. Die Festansprache hielt die Vorsitzende der *Initiativgruppe*, Frau Brauer. Im Anschluss erinnerte der Vorsitzende des *Häftlingsbeirates* Günter Rudolph an die schreckliche Zeit von 1945 bis 1950. Grußworte überbrachten die thüringische Ministerin für Gesundheit und Soziales Frau Taubert, die Landesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Mi-

beitsgruppen ein Workshop, organisiert von der *Konrad-Adenauer-Stiftung*, statt.

Zeitzeugen berichteten danach vor Jugendlichen und interessierten Teilnehmern über die Zeit im Lager (Foto mit den Vertretern des Podiums).

Im weiteren Teil der Veranstaltung konnten den Zeitzeugen noch weitere Fragen gestellt werden.

Rolf Staudte (Text u. Foto)

VOS-Bundesvorsitzender spricht „Von Sieg der Vernunft“

VOS begrüßt Gesetz zu Stasi-Überprüfungen und ex-Stasi-Kadern als wichtig und überfällig

Als Sieg der Vernunft hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus die kürzlich erfolgte Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes durch den Bundestag begrüßt. Es sei wichtig für die politische Hygiene, dass die Stasi-Überprüfungen im öffentlichen Dienst bis 2019 verlängert wurden und künftig nicht nur ein kleiner Personenkreis aus den Spitzenpositionen überprüft wird, erklärte der SED-Opferverband. Das gesetzliche Verbot der Beschäftigung früherer Stasi-Mitarbeiter in der Stasi-Unterlagen-Behörde sei ebenso wegweisend wie die Festlegung, dass noch in der Behörde beschäftigte Stasi-Mitarbeiter jetzt versetzt werden können.

Johannes Rink, VOS-Bundesvorsitzender, erklärte hierzu: „Wir haben für diese Gesetzesänderung gekämpft, und wir haben gewonnen. Endlich wird dagegen angegangen, dass sich viele frühere Stasi-Täter gutbezahlt in öffentliche Behörden des Rechtsstaates hinübergerettet haben, während die Opfer um jeden

Cent Entschädigung kämpfen müssen. Das Gesetz ist ein gutes Signal der Bundesregierung vor dem Jahrestag der deutschen Einheit, dass es keinen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der Vergangenheit gibt.

Der neue Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, Roland Jahn, hatte bei seinem Amtsantritt im März die Beschäftigung ehemaliger Stasi-Leute als Schlag ins Gesicht der Opfer bezeichnet und angekündigt, sich nicht wie seine Vorgänger damit abzufinden. Diese Position hatte die VOS daraufhin im politischen Raum in zahlreichen Gesprächen nachdrücklich unterstützt.

Bundesvorstand

Ungeachtet des mit dem v. g. Gesetz erreichten Fortschritts besteht auch weiterhin der Mangel, dass ehemalige Vertreter der DDR-Justiz in Amt und Würden oder in einer guten Rentensituation sind, ohne dass geprüft wird, inwieweit sie an Ermittlungen und Erpressungen oder Urteilen gegen politische Gefangene beteiligt waren.

B. Thonn

Die Wahrheit kam erst vier Jahrzehnte später an den Tag

VOS-Vertreter gedenken gemeinsam mit Schweriner CDU-FDP-Fraktion der heimlichen Entführung und Ermordung von Gerhard Priesemann

Zu einer etwas ungewöhnlichen, dennoch nicht unpassenden Zeit lud am 30. August 2011 die Stadtfraktion der Parteien von CDU und FDP Schwerin zum Opfergedenken in die Walter-Rathenau-Straße 16 ein. Die Gedenkveranstaltung hatte zum einen Bezug zum gerade erst 50 Jahre zurückliegenden Bau der Berliner Mauer, zum anderen sollte sie an Gerhard Priesemann erinnern, der vor nunmehr 61 Jahren an eben diesem 30. August auf dem Weg zu seiner Arbeit in Schwerin verhaftet wurde. Priesemann arbeitete in einer Schweriner Schule als Lehrer. Er wurde ohne Erklärung abtransportiert und eingekerkert und einige Monate später nach Moskau verschleppt, wo er wie andere unschuldige Opfer auch in dem berüchtigten Gefängnis Lubjanka erschossen wurde. Seine Angehörigen erfuhren nichts über sein Schicksal. Der Familie teilte man irreführend mit, Gerhard Priesemann habe einen Herzinfarkt erlitten und sei daran verstorben. Mit diesem Kenntnisstand mussten die Hinterbliebenen bis zum Fall der Mauer und der Öffnung der Akten leben. Über den wirklichen Verlauf der Dinge und über die verbrecherischen Machenschaften konnten sie sich erst nach so vielen Jahren informieren.

Obwohl es sich mit dem 30. August, wie erwähnt, um einen Wochentag handelte, zeigten doch immerhin vierzig Personen die Bereitschaft, dieser Gedenkveranstaltung beizuwohnen, zumal sich auch der Landesverband der VOS von Mecklenburg-Vorpommern an der Organisation beteiligte. So hielt denn auch Kamerad Fred Mrozek eine Rede. Ihm folgten der Vorsitzende der CDU/FDP-Fraktion Schwerin Sebastian Ehlers und der Sohn des Opfers Christoph Priesemann. Letzterer konnte in seiner Ansprache erklären, in welchem Bereich sich die Wohnung der Familie Priesemann gelegen hatte, wie man eingerichtet war, vor allem aber mit welcher Ungewissheit und welchen Zweifeln die Hinterbliebenen vier Jahrzehnte in der DDR zu kämpfen hatten.

Engeladen waren auch die Kameraden des Verbandes aus Schleswig-Holstein. Daher nahmen unsere verdienstvollen Kameraden Walter Jürss, Werner Sauerzweig und Siegfried Jahnke den Weg auf sich, um am Gedenken teilzunehmen. Diese drei Kameraden, inzwischen über achtzig Jahre, stammen aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben selbst lange Haftstrafen verbüßen müssen und kamen erst nach schweren Leiden in die Freiheit.

Die Gedenkfeier schloss sich somit an jene Veranstaltungen an, die in den vorausgegangenen Tagen in vielfältiger Weise an den Bau der Berliner Mauer vor 50 Jahren erinnert hatten. Sie zeigt einmal mehr das Bekenntnis der CDU/FDP-Fraktion in der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin, sich umfassend

dafür einzusetzen, dass die Schweriner Opfer des DDR-Regimes nicht in Vergessenheit geraten. So bekräftigte der Fraktionsvorsitzende Sebastian Ehlers: „Direkt nach dem Ende des Krieges, in der Zeit der sowjetischen Besatzungsmacht, aber auch noch bis 1955, wurden in Schwerin Todesurteile verhängt und vollstreckt. Oftmals hatten diese Urteile keine rechtsstaatliche Grundlage. Teilweise wurden sie mit Terror und Willkür durchgesetzt, um einen Staat nach stalinistischem Vorbild zu schaffen.“



Damit wird das zum Ausdruck gebracht, was vielen Mitbürgern inzwischen gleichgültig geworden ist: Dass unter dem Deckmantel von Spionage-Vorwürfen und antisowjetischer Hetze, insbesondere aber auch der Nazi-Vergangenheit, viele Menschen willkürlich verhaftet und hingerichtet oder zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, die durch Krankheit oder Mangelernährung oftmals ebenso zum Tode führten.

In der gemeinsamen Einladung der beiden Parteien weist der Fraktionsvorsitzende weiter auf die Ereignisse jenes verhängnisvollen Tages im Jahre 1950 in der Rathenau-Straße hin: „Dieser Veranstaltungsort wurde präzise gewählt, denn unter dieser Adresse wohnte Gerhard Priesemann, ein Schweriner Bürger, der am 30. August 1950 auf dem Weg zur Arbeit festgenommen und einige Monate später in Moskau erschossen wurde. Gerhard Priesemann steht stellvertretend für eine Reihe von Schweriner Willküropfern. Zum Gedenken an diese Opfer werden wir dort einen Kranz niederlegen.“ Neben dem Kranz wurde auch Blumengebinde vor dem Haus des damals Ermordeten niedergelegt.

Valerie Bosse

Das Foto wurde der Redaktion auf Nachfrage freundlicherweise von der CDU/FDP-Fraktion in Schwerin zur Verfügung (www.CDU-Schwerin.de) gestellt.

Vordere Reihe (v. l.): Dr. Fred Mrozek (VOS), Sebastian Ehlers (Vorsitzender der CDU/FDP-Fraktion Schwerin), Christoph Priesemann (Sohn eines Opfers)

Hintere Reihe (ganz rechts): Werner Sauerzweig, VOS

Vor 50 Jahren

Morgens standen die LKWs vor der Tür, und es hieß: Das Haus verlassen!

Zwangsausgesiedelte der DDR-Grenzgebiete führen einen schwierigen Kampf um Wiedergutmachung

Der 3. Oktober ist durchaus nicht der Tag, an dem alle Deutschen bedingungslos jubeln können. Einheit ja, aber die Geschichte hat auch Erinnerungen geschrieben, die keineswegs zu den angenehmen Seiten menschlichen Daseins zählen.

Ein solcher Tag war der 3. Oktober des Jahres 1961. Sechseinhalb Wochen nach Errichtung der Berliner Mauer und der weiteren Befestigung des innerdeutschen Grenzstreifens mit Tretminen und später mit Selbstschussanlagen wurden in einer für den frühen Morgen angesetzten Gewaltaktion mehr als dreitausend Menschen aus ihren Häusern und Wohnungen, die sich innerhalb eines Abstandes von fünf Kilometern zu den Grenzanlagen der DDR befanden, vertrieben. Man ließ ihnen einige Stunden Zeit zum Packen, dann transportierte man sie mit LKWs ab und schaffte sie in weit entfernte Gebiete.



Die heute allgemein als Zwangsausiedlung bezeichnete Aktion war bereits in Vorbereitung der Errichtung der Mauer als Teil des Gesamtplanes zur Absicherung der Grenzanlagen vorgesehen. Sie lief unter dem Decknamen „Kornblume“, bekam aber auch noch andere verschleiernde Bezeichnungen. Wie alles, was das SED-Regime im Zusammenhang mit der Abriegelung des eigenen Herr-

schaftsbereiches und der Unterjochung der Bürgerinnen und Bürger der DDR anzettelte, verlief auch die damalige Zwangsausiedlung ausgesprochen akribisch und ohne Rücksicht auf persönliche menschliche Schicksale. Zum einen hatte man sich die Personen, die betroffen sein sollten, genauestens ausgewählt, zum anderen stand in den streng geheimen Beschlüssen bereits fest, wohin der unfreiwillige Umzug führen sollte: in Quartiere und Behausungen, die meist kaum den An-

forderungen zivilisierten Wohnens entsprachen und die weder ausreichende verkehrsmäßige noch soziale Anbindungen an die Umwelt hatten. Zudem mussten die Zwangsumgesiedelten mit dem Handicap leben, dass weder Nachbarn noch Arbeitskollegen im neuen Lebensraum genau wussten, woher die neuen Mitbürger stammten und warum sie so unvermittelt ihren Wohnsitz geändert hatten. Es galt das Redeverbot, das auch den überlebenden Häftlingen der stalinschen Speziallager auferlegt worden war.

So lebten viele Zwangsausgesiedelte mit dem Ruf der Kriminalität oder der bezahlten Fluchthilfe, obwohl sie sich dessen keineswegs schuldig gemacht hatten. Sie galten dem Sicherheitsdienst der DDR jedoch als politisch unzuverlässig. Es hätte sein können, sie würden ihre Ortskenntnis dazu ausnutzen, um sich über die grüne Grenze in den Westen abzusetzen. Zugleich diente die Zwangsausiedlung dazu, den im Grenzstreifen verbleibenden Bürgern ein warnendes Signal zu ge-

ben: Wer sich als politischer Gegner oder als suspekt erweist, dem würde es gegebenenfalls genauso ergehen. Immerhin wohnten laut Schätzungen zu jener Zeit eine halbe Million Menschen innerhalb des „Grenzschutzstreifens“.



Unerlässlich war es, dass sich die Ausgesiedelten nun eine neue Existenz aufbauen mussten, da mit der Vertreibung auch der Verlust von Immobilien oder privaten Geschäften verbunden war. Viele der zu Unrecht aus ihren Häusern und Wohnungen Vertriebenen verloren somit einen Besitz, den sie nie wieder erlangten. Auch nach der Wiedervereinigung, als die ehemals gesperrten Gebiete wieder zugänglich waren, blieb das einstige Eigentum für viele verloren. Der Kampf der Betroffenen oder deren Hinterbliebenen um Entschädigungen oder Rentenzahlungen gestaltet sich trotz des Zusammenschlusses in ihrer Organisation äußerst schwer. Er wird ebenso wie das Bemühen der ehemaligen politischen Gefangenen von SBZ und DDR um weitere soziale Verbesserungen durch aktuelle politische Ereignisse und durch die zunehmend entstehenden Gedächtnislücken wie auch durch die Verharmlosung der einstigen Gräueltaten immer schwieriger. A. R.

Fotos:

Links: Landmine PPM-2

Rechts: Warnschild vor dem 500 m-Grenzstreifen

© www.first-minute-buecher.de

Mit Fahne, Uniform und Spendenbüchse

Leichtes Geldverdienen mit DDR-Verklärung an vielen Plätzen in der Hauptstadt Berlin und anderen Städten

☒ Die zentralen Gedenkveranstaltungen am 13. August zum 50. Jahrestag des Mauerbaus an der Bernauer Straße waren den Opfern von Mauern und Teilung gewidmet. Für viele Menschen, auch für mich, waren sie mit großen Emotionen verbunden.

An diesem Schaltpunkt zwischen Ost und West fanden in der Kapelle der Versöhnung Lesungen aus Biografien von Maueropfern statt. Für die Menschen, die an der Mauer ums Leben kamen, wurden Stelen aufgestellt. An die Schrecken der Teilung wurde mit einer Gedenkminute erinnert. Wie passt das zusammen, wenn sich wenige Kilometer entfernt am Brandenburger Tor heutzutage DDR-Grenzsoldaten mit einer DDR-Fahne präsentieren? Insgesamt ist an vielen Stellen der Hauptstadt ein enormer Kommerz entstanden, der die Unterdrückungssymbole des SED-Staates und weitere DDR-Requisiten bedenkenlos benutzen darf. Diese Art der DDR-Ostalgie ist für viele Opfer des untergegangenen Regimes unerträglich und sollte sofort gestoppt werden. Notfalls wäre hier – wie in den ehemaligen Sowjet-Staaten des Baltikums – ein Verbot mit der Androhung von wirksamen Strafen erforderlich. Unser großer Opferverband VOS sollte hierzu seinen Einfluss bei Politikern geltend machen, damit hierzu gesetzliche Regelungen getroffen werden.

Gisela Lotz (Text und Foto)

Das Zitat:

Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.

Albert Einstein

Wer oder was war die Stasi

Höchste Zeit für wirkliche Rechenschaft! – oder ist es schon zu spät?

Es war der kriminelle Bodensatz, welcher sich sonst in jedem Land finden lässt. Er bestand aus Verrätern, Dieben, Mördern und Totschlägern. Von der SED wurde diese Horde Verbrecher in Uniformen (oder spezielle Zivilkleidung) gesteckt, mit Waffen oder unlauteren Ausrüstungen ausgestattet und mit schillernden Orden und reichlich Geld ausgezeichnet.

Als es mit der kommunistischen Herrschaft zu Ende ging, haben die Genossen der SED sich von der Stasi losgesagt, obwohl gerade sie die Auftraggeber für die vielen Verbrechen waren, und zwecks Ablenkung von der eigenen Schuld die Stasi-Leute als Sündenböcke hingestellt. Sie haben gehofft, dass das Volk auf den Schwindel hereinfällt.

Ich bin der Ansicht, dass es höchste Zeit ist, die Staatsverbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, bevor es irgendwann für uns alle zu spät sein könnte.

Ewald Kurbiuhn



Über dieses Foto:

Schausteller wie diese findet man an vielen Plätzen in Berlin. Leider begreifen weder die Touristen noch die Schausteller selbst, was mit diesen befremdlichen Darbietungen angerichtet wird: Die Leiden von Tausenden Opfern werden verharmlost und lächerlich gemacht.

Man muss (eigentlich nicht) fragen: Was würde geschehen, wenn sich auch jemand in SS-Uniform oder mit der Hakenkreuzfahne aufstellen würde? Wären das auch Gründe zum Lachen und zum Spenden einiger Euro?

Das geheime Mielke-Telegramm und andere Quellen

Die Frage, was noch an aufschlussreichen Dokumenten im Untergrund existiert, lässt sich nicht wirklich beantworten

☒ Als ich jetzt im September-Heft der Freiheitsglocke den Artikel „Eine gründliche Aufarbeitung der SED-Diktatur hat es nie gegeben“ auf Seite 8 las, erinnerte ich mich an das geheime Mielke-Telegramm, das ich vor längerer Zeit einmal „über drei Ecken“ erhalten habe.

Es stammt aus dem Jahre 1991, wo es offiziell gar keine Stasi mehr gab. Trotzdem konnte Erich Mielke an alle seine alten Weggefährten dieses Telegramm versenden. Allein das zeigt doch, wie selbstbewusst diese Verbrecher aufgetreten sind und weiterhin auftreten!

Im oben erwähnten Artikel steht u. a.: „... ihm stünden ‚Quellen‘ zur Verfügung, die für andere unzugänglich wären ...“.

Das Mielke-Telegramm liefert dazu den Beweis, wohin das brisante Material verschwunden ist! Und es beweist auch einmal mehr, dass diese „Wölfe im Schafspelz“ weiterhin unter uns sind und gezielt gegen unsere demokratische Ordnung arbeiten!

Vielleicht interessiert das auch unsere Mitglieder der VOS und die Leserinnen und Leser der Freiheitsglocke.

Benno Kny

**Nomen est omen - der Name ist ein Zeichen oder
Warum nicht die ursprüngliche Namenswahl der Grün-
dungsväter (VOS) beibehalten und dazu lediglich die
zeitgemäße mittlerweile immer weitergehende gewachse-
ne Bedeutung des seit über 60 Jahren bestehenden Ver-
eins mal wieder aktualisieren? / von Wolfgang Stiehl**

Auf der vergangenen 28. VOS-Generalversammlung im Jahr 2010 stritt man sich, wie schon in vielen vorhergehenden Generalversammlungen, mal wieder trefflich um eine Namensänderung unseres Vereins. Im Mittelpunkt der Diskussion stand abermals der scheinbar zu wenig aussagende Begriff Stalinismus. Aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt kam der vermittelnde Kompromissvorschlag, dass man doch beides tun könne, sowohl den von den VOS-Gründungsvätern 1950 berechtigt gegebenen, mittlerweile alteingeführten Namen, das Logo und das Kürzel VOS beizubehalten und dennoch durch Veränderung der ersten Zeile die heutige und geschichtliche Bedeutung des Vereins verbinden zum Ausdruck zu bringen.

In unserer Anfang November erscheinenden FG Nr. 708 wäre, so denke ich, der geeignete Zeitpunkt, dieses Thema schon einmal zur Diskussion **aller Mitglieder** zu stellen. Damit könnte bei den im Frühjahr 2012 in den Bezirks- und Landesgruppen stattfindenden Hauptversammlungen darüber qualifiziert eine vorherrschende Meinung gefasst werden, welche dann von den Delegierten in der Generalversammlung zu vertreten wäre.

Betrachten wir dazu den derzeitigen eingetragenen vollständigen VOS-Namen:

In der ersten Zeile stehen die Worte:
**„GEMEINSCHAFT EHEM.
POLITISCHER HÄFTLINGE“**

Die zweite Zeile dokumentiert dann den Gründungsnamen:

**„Vereinigung der Opfer des
Stalinismus e.V.“**

Darunter dann die Statusbezeichnung:

**„Förderungswürdige und gemeinnützigen
Zwecken dienende Organisation“**

Etwa seit dem 60. Jahrestag der VOS steht dann im Kopfbogen des Bundesvorstandes und von einigen Bezirksgruppen der Hinweis:

„Gründung am 09.02.1950“

**Am Schluss dann die Organisationsstufen: Bundesvorstand,
Landesgruppe und/oder
Bezirksgruppe**

Nachfolgend noch einmal das eben Erläuterte im Briefkopfbild:

Bisheriger Briefkopf



GEMEINSCHAFT EHEM. POLITISCHER HÄFTLINGE

Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende
Organisation

Gründung am 09.02.1950

LANDESGRUPPE **XXXXXXXXXXXXXX** - BEZIRKSGRUPPE **YYYYYYYYYY**

Änderungsvorschlag



**GEMEINSCHAFT von GEGNERN und OPFERN
des KOMMUNISMUS**

Gründung vor über 60 Jahren am 09.02.1950 als:

**Vereinigung der Opfer des Stali-
nismus e.V.**

Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende
Organisation

LANDESGRUPPE **XXXXXXXXXXXXXX** - BEZIRKSGRUPPE **YYYYYYYYYY**

→ Seite 9 oben

Die hiermit vorgeschlagene Bezeichnung „**Gemeinschaft von Gegnern und Opfern**“ stellt darauf ab, dass nicht alle Mitglieder „**nur**“ Opfer, sondern auch häufig Widerständler waren. **UND**, dass im Verein auch Mitglieder sind,

die nicht von der politischen Verfolgung in der/den Diktatur/en direkt betroffen waren, die sich aber gegen jegliche Bestrebung der ewig Gestrigen um eine Wiederholung ihres schmachlich gescheiterten Sozialismus/Kommunis-

mus-Experiments stellen möchten. Zur allgemeinen Erinnerung: Laut Satzung dürfen inzwischen auch NICHT-HÄFTLINGE in die Vereinigung der Opfer des Stalinismus aufgenommen werden.

Wolfgang Stiehl

Auch mit neuem Namen bleibt Logo erhalten

Einige weiterführende Gedanken bzw. Fragen zu dem Vorschlag eines neuen Namens

Die Festschrift, im Jahr 2000 anlässlich des 50-jährigen Bestehens der VOS vom Fg-Redakteur verfasst, wies damals symbolträchtig das Logo der VOS auf der Titelseite aus. Es ist wichtig, dass dieses Logo auch für neue Namensvarianten die Grundlage bildet.



In diesem Zusammenhang sei auf die Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der VOS verwiesen, die im Jahr 2000 großen Anklang fand. Daher sollten sich jene, die noch immer nicht im Besitz der Festschrift sind, um eines der noch vorhandenen letzten Exemplare bemühen. Abgesehen von der großen Authentizität und der Vielzahl an Schilderungen aus der Geschichte der VOS ziehen noch einmal die Namen der einstmaligen den Verband prägenden Kameradinnen und Kameraden an uns vorbei. Da paart sich Wehmut mit Stolz, und die Fotos, die der 200 Seiten starke Band enthält, bringen manche Erinnerung.

Interessant dürfte auch die Information sein, wer von den Grußwort-Überbringern heutigen tags noch am Leben ist und wer noch eine Rolle in der politischen Welt spielt. Der Preis: 10 € plus Versand. *H. Diederich*

Das Gedicht in der Fg

Über das menschliche Wesen

Das Gute, - wir genießen es,
wird besser, mit den Jahren.
Das Schlechte aber möchten wir
am liebsten uns ersparen.

Wie funktioniert Erinnerung?
Vergisst sie schlimme Sachen?
Kann sie sogar was uns gefiel;
noch angenehmer machen?

Ist so die menschliche Natur,
oft - ein sich selbst Betrügen?
Gutes besteht, Schlechtes vergeht;
helfen uns, ... diese Lügen?

Genehmige dir Phantasie,
wer schläft, der darf auch träumen.
Doch wer am Tage weiter träumt,
der wird sein Glück versäumen.

Die Wahrheit ist ein stures Ding,
sie plagt uns auch im Schläfe.
Das ist so weil wir Menschen sind
und nicht nur dumme Schafe ...

Christian M. Lappe

*Ehemaliger politischer Häftling der DDR,
jetzt in den USA lebend*

**Der Herbst kommt, der Sommer geht.
Manches ist für immer zu spät.
Du bist für immer ins Land der Ruhe und
Ewigkeit gegangen.**

Roland Tröge

**Du bist ein guter Freund und Kamerad gewesen.
Für deine Kameradinnen und Kameraden hast
du dich stets konsequent eingesetzt.
Ein guter Rat von dir war für uns in allen Situa-
tionen wichtig und immer zu erlangen.
In der VOS werden wir dich vermissen.
Für die Familie, liebe Ruth, unser aller Beileid.**

**Die Kameradinnen und Kameraden der
VOS und die Freunde.**

Erich Schmidt

Das Zitat:

„Nie hat ein Dichter die Natur so frei ausgelegt,
wie ein Jurist die Wirklichkeit.“

Jean Giraudoux

Mutter wurde wegen „asozialen Verhaltens“ in Handschellen abgeführt, die Kinder kamen ins Erziehungsheim

Schicksale über DDR-Zwangsadoptionen anrührend und glaubhaft geschildert

Dieses Buch musste geschrieben werden! Es ist der erste Bericht einer Betroffenen über Zwangsadoptionen von DDR-Kindern, die ihren Müttern aus politischen Gründen weggenommen und, unter Auslöschung der Vorgeschichte, fremden Familien übereignet wurden, die als staatstreu und SED-nah galten. Als das Nachrichten-Magazin „Spiegel“ im Dezember 1975 in zwei Beiträgen darüber berichtete, wurde der Ostberliner Korrespondent Jörg Mettke wegen „grober Verleumdung“ am 16. Dezember 1975 ausgewiesen, ein untrügliches Indiz dafür, dass dieses Verfahren staatlich organisierten Kinderraubs tatsächlich praktiziert wurde, nachdem es von Margot Honecker, der „Ministerin für Volksbildung“ 1963/89, per Gesetz sanktioniert worden war.

Die mit dem Mauerfall 1989 gestürzte Ministerin konnte, ohne jemals für ihre Verbrechen bestraft worden zu sein, 1992 über Moskau nach Chile ausreisen, wo sie noch immer mit einer deutschen Rente ihren Lebensabend verbringt. Die Opfer aber, es sind inzwischen 75.000 Fälle aktenkundig, leiden bis heute darunter, was ihnen der sozialistische Staat Entsetzliches angetan hat.

Katrin Behr beispielsweise, im Sommer 1967 im ostthüringischen Gera geboren, wurde am 7. Februar 1972, als sie vier Jahre alt war und ihr Bruder Mirko sechs, von fünf Männern und einer Frau im Morgengrauen aus dem Schlaf gerissen und mit ihrer Mutter (24) zum Marktplatz getrieben. Dort standen wartend zwei Dienstwagen der „Volkspolizei“, die Mutter wurde in Handschellen weggefahren, die Kinder von einer Mitarbeiterin der „Jugendhilfe“ zur Großmutter gebracht, wo sie eine knappe Woche auf die Überstellung in ein staatliches Vorschulheim warten mussten. Von diesem Heim aus wurde das völlig verstörte Kind einem Hausmeisterehepaar vermittelt, das es nach einer Nacht zurückschickte ins Kinderheim. Dort verkroch sich das Mädchen in dunklen Ecken, um stundenlang zu weinen. Schließlich erfuhr sie von einer Erzieherin, dass ihre Mutter eine „Staatsverräterin“ wäre und niemals zurückkäme. Diese unverständlichen Erklärungen versetzten sie in entsetzliche Angstzustände, zumal sie deshalb auch noch von den anderen Kindern und den Erzieherinnen verspottet wurde („Heulsuse, Heulsuse“).

Der zweite Versuch einer Adoption wurde im Sommer 1973 vorgenommen. Eine Kinderärztin aus Stadtroda in Thüringen, frisch geschieden, nahm Katrin auf und zog wenige Wochen später mit ihr nach Gadebusch in Mecklenburg, auch Bruder Mirko sollte mit-

adoptiert werden. Aber schon im Oktober 1973 gab die Pflegemutter, sichtlich überfordert von der Erziehungsarbeit, auf und brachte Katrin zurück ins Kinderheim nach Gera. Die Rückgabe als „unerwünscht“ nahm ihr den letzten Rest von Geborgenheit, sie fiel in „blanke Verzweiflung“, als sich auch die Großmutter von ihr abwandte. Dass das alles im SED-Auftrag (die Großmutter war Parteimitglied) geschah, konnte sie nicht wissen und hätte es als Kind auch nicht verstanden.

Was ihrer Mutter 1972 zugestoßen war und warum sie im Gefängnis landete, erfuhr sie ohnehin erst Jahrzehnte später, nach dem Mauerfall von 1989, als sie 2003 von Ostberlin nach Gera zurückgekehrt war und im Archiv der dortigen Adoptionsvermittlungsstelle die Erlaubnis zur Akteneinsicht bekommen hatte. Das hieß aber nur, dass ihr die Sachbearbeiterin in vier Sitzungen aus den zwei Kladden vorlesen durfte, dass ihre Mutter, als „Staatsfeindin“ verurteilt, von 1973 bis 1978, also mehr als vier Jahre, im „Roten Ochsen“ zu Halle hatte einsitzen müssen. Begründet wurde die Verurteilung mit dem Schlagwort „Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“. Den Unterlagen war aber nur zu entnehmen, dass die junge Mutter gelegentlich, wenn ihre Kinder krank gewesen waren und der mütterlichen Fürsorge bedurft hatten, nicht zur Arbeit erschienen war, was als „Arbeitsbummelei“ und schließlich als „asoziales Verhalten“ galt. Da im Sozialismus Arbeitspflicht herrschte, war sie verhaftet, verurteilt und weggesperrt worden.

Der dritte Versuch einer Adoption, der zum Jahreswechsel 1973/74 erfolgte, musste gelingen, denn Katrin war von ihren Erzieherinnen eingeredet worden, wenn auch ihre neuen Adoptiveltern sie als „unerwünscht“ zurückbrächten, müsste sie für immer im Heim bleiben. Weihnachten 1973 schon durfte sie bei ihren neuen

Eltern verbringen, und sie spürte sofort einen Hauch von Geborgenheit, wonach sie sich fast zwei Jahre gesehnt hatte. Umso erschrockener war sie dann, als sie am 2. Januar 1974 mit Gewalt ins Heim zurückgebracht wurde: „Meine Kräfte reichten nicht zur Gegenwehr. Am Ende saß ich im sanften Klammergriff auf dem Schoß der Frau, die ich zeitweilig schon für meine neue Mutter gehalten hatte, während der Mann, der sich als mein neuer Vater ausgegeben hatte, den Wagen steuerte – in eine mir nur zu bekannte Gegend.

Tatsächlich tauchte nach kurzer Fahrt vor der Windschutzscheibe das altvertraute Kinderheim auf.“ Der Grund, was dem Kind hätte erklärt werden können, war der vorerst noch fehlende Platz in der Kindertagesstätte!

Bücher in der Fg

Schließlich erfuhr sie von einer Erzieherin, dass ihre Mutter eine „Staatsverräterin“ wäre und niemals zurückkäme. Diese unverständlichen Erklärungen versetzten sie in entsetzliche Angstzustände, zumal sie deshalb auch noch von den anderen Kindern und den Erzieherinnen als Heulsuse verspottet wurde.

Die neuen Eltern wohnten in Gera-Langenberg und waren stramme Genossen. Die kinderlose Mutter arbeitete als Russischlehrerin und Parteisekretärin an der Polytechnischen Oberschule „Bruno Kühn“, benannt nach dem Bruder Lotte Ulbrichts, dem Widerstandskämpfer Bruno Kühn (1901-1944). Der Vater, einer Arbeiterfamilie aus Bad Köstritz entstammend, war Maurer gewesen, hatte sich aber zum Architekten hocharbeiten können. Zu ihm konnte Katrin, die zwölf Jahre in dieser Familie lebte, ein Vertrauensverhältnis aufbauen, das freilich immer wieder Anfechtungen ausgesetzt war.

Zur Mutter fand sie nie, trotz eifriger Bemühungen, die an Selbstaufgabe grenzten, eine gute Beziehung. Sie hatte nämlich, obwohl sie noch Kind war, eine Unmenge häuslicher Pflichten zu erledigen, die noch zunahmen, als 1977 Halbbruder Sören geboren wurde; zum Spielen und Lesen blieb kaum die Zeit. Die Mutter jedenfalls ging völlig in Beruf und Parteiarbeit auf, das Adoptivkind, das sich nach Liebe und Geborgenheit sehnte, hatte, in ein Netz von Verboten eingespannt, die lästige Hausarbeit zu erledigen. Die Genossin Mutter interessierte nicht der gegenwärtige Mensch mit seinen Ängsten und Nöten, sondern nur der zukünftige Mensch des Kommunismus, der noch zu erschaffen war!

Aber obwohl die neue Adoptiv-Mutter offensichtlich dem Parteauftrag nachkam, die „Tochter einer rebellischen Staatsgegnerin in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren“, erlebte Katrin in dieser privilegierten, weil staatstragenden Familie auch Dinge, die ihr die echte Mutter nicht hätte bieten können. Plötzlich hatte sie wieder eine liebevolle Großmutter und eine Menge neuer Verwandter, das Haus war von einem wunderschönen Garten umgeben, der zum Spielen einlud. Nach einem Schwächeanfall mit Fieber, den ihr überforderter Körper erlitt, war sie in der Kinderklinik gesund gepflegt worden, durfte dann die Eltern zum Skifahren nach Oberwiesenthal im Erzgebirge begleiten, verlebte glückliche Sommertage 1974 am Schwielowsee bei Potsdam und wurde pünktlich am 1. September 1974, wie DDR-üblich, in die erste Klasse der Schule ihrer Pflegemutter aufgenommen. Sie wurde, auch das DDR-üblich, „Junger Pionier“ und „Thälmann-Pionier“, durfte im Sommer 1977 mit Kindern der Baubrigade ihres Vaters nach Rostock-Lüttenklein ins Ferienlager fahren und trat schließlich mit 18 Jahren der SED bei, weil ihr Ehemann Politoffizier auf der Insel Rügen war.

Trotz aller Widrigkeiten, die Katrin als Adoptivkind in Gera-Langenberg überstehen musste, hatte sie es eigentlich mit ihren Pflegeeltern noch ganz gut getroffen! Hätte sie im Heim bleiben müssen wie ihr Bruder Mirko, der nie adoptiert wurde, hätte sie sich, wie sie selbst schreibt, zu einer „introvertierten Einzelgängerin“ entwickelt, menschen-scheu, misstrauisch, verschlossen, ohne Selbstwertgefühl. So aber wurde sie in eine privilegierte Familie aufgenommen, die einem „kleinbürgerlich geprägten Realsozialismus“ huldigte, wo „Westfernsehen“ streng verboten war. Dass Katrin im Lauf ihrer sozialistischen Erziehung das positive DDR-Bild ihrer Eltern übernommen hat, wird man ihr nicht vorwerfen können. Die völlig andere DDR-Sicht

ihrer politisch verfolgten Mutter lernte sie erst 1991 kennen.

Offensichtlich war sie auch eine fleißige und strebsame Schülerin, was ihr Selbstbewusstsein und neuen Lebensmut verschaffte, denn je älter sie wurde, desto hartnäckiger strebte sie nur noch ein Ziel an, möglichst rasch durch Heirat die ungeliebte Familie zu verlassen. Ihr Status als „Außenseiterin“, der sich nach der Geburt des Bruders 1977 noch verstärkte,



machte sie aber auch zur wachsamem Beobachterin ihrer Umgebung. So lernte sie im Sommer 1974 Onkel Otto, den zehn Jahre älteren Bruder ihrer Mutter, kennen, der eine Datsche am Motzener See besaß. Später erfuhr sie, dass er und alle anderen Datschenbesitzer ringsum hohe Offiziere des „Ministeriums für Staatssicherheit“ waren. Nachdenklich machte sie auch, dass ihre Mutter sie immer aus dem Haus schickte, wenn ein bestimmter Herr in Zivil zu Besuch kam. Später, nach dem Mauerfall, konnte sie in den Akten lesen, dass ihre Mutter MfS-Offizieren Auskünfte gab über die Schüler der Oberklassen. Als ihr Vater zum Jahreswechsel 1974 für mehrere Wochen verschwand, wurde ihr erklärt, er würde „durch Bauarbeiten von uns ferngehalten“. In Wirklichkeit saß er „wegen Diebstahls sozialistischen Eigentums“ in Untersuchungshaft. Er hatte Baumaterial abgezweigt und an Angehörige der „privilegierten Funktionärsschicht“ verschoben. Seine Auftraggeber aber ließen ihn nicht hängen, er kam mit einer Bewährungsstrafe davon. Ein DDR-Durchschnittsbürger mit diesem Delikt wäre für Jahre im Gefängnis verschwunden!

Das Buch ist angefüllt mit solchen Geschichte aus dem Innenleben der DDR-Nomenklatura! Katrins Schilderung ihrer Jugendweihe 1982 im Geraer Stadttheater, der ein gemeinsamer Besuch der Gedenkstätte Buchenwald vorausging, um die sozialistischen Konfirmanden politisch einzustimmen, ist eine Glanzleistung! Ein Jahr später, als sie den Berufswunsch „Heimerzieherin“ geäußert hatte, absolvierte sie zwei Praktiken in Geraer Kinderheimen, aber ihre intrigierende Mutter, die sich mit der Amtsärztin verbündet hatte, redete ihr den gewählten Beruf aus. So entschied sie sich dafür, Krankenschwester zu werden und lernte 1986 über eine Anzeige in der NVA-Zeitschrift „Armeerundschau“ ihren späteren Mann Olaf kennen, der die Offiziersschule in Löbau/Sachsen besucht hatte, jetzt in Prora auf Rügen stationiert war und in Binz wohnte. Dass er Politoffizier mit Stasi-Verbindungen war, erfuhr sie erst später. Aber sie heiratete ihn in Arnstadt, dem Wohnort seiner Eltern, am 14. November 1986, weniger aus Liebe, sondern weil er weit weg von Gera und ihren Adoptiveltern wohnte.

Die Ehe, in der zwei Kinder geboren wurden, scheiterte und wurde am 24. August 1995 geschieden. Als Ehemann Olaf im Spätsommer 1989, als der SED-Staat dem Untergang entgegen trieb, eine politische Schulung in Ostberlin begann, die bis zum Jahresende dauern sollte, fiel die Berliner Mauer, was er Katrin wie beiläufig am 10. November in Binz mitteilte. Sie hatte das auf Rügen nicht mitbekommen: „Ich jubelte nicht und holte auch keinen Rotkäppchen-Sekt aus dem Schrank, ich schaute nur sprach- und verständnislos meinen Mann an.“ Der wurde dann im Januar 1990 im Rang eines Majors von der „Nationalen Volksarmee“, die jetzt ohnehin aufgelöst wurde, entlassen und bekam eine vergleichbare Planstelle bei der „Reichsbahn“ in Arnstadt. Katrin aber fuhr voller Ängste mit einer Kollegin aus dem Krankenhaus auf einen Tagesausflug nach Lübeck, kassierte ihr Begrüßungsgeld, konnte es aber, verwirrt vom „kapitalistischen“ Warenangebot, nicht ausgeben.

Vor der Geburt ihres zweiten Kindes im Mai 1990 war ihr vom Arzt geraten worden, wegen einer vermuteten Erbkrankheit eine Blutprobe ihrer leiblichen Mutter zu besorgen. Dass der Wohnort, ein Dorf bei Greiz in Thüringen, so einfach über das Geraer Jugendamt zu ermitteln war, hatte sie nicht gewusst. Nun aber packte sie die Angst vor dieser Begegnung, weshalb sie fast ein Jahr zögerte, ehe sie am 6. April 1991, über zwei Jahrzehnte nach der Verhaftung, aufbrach, um ihre verschollene Mutter zu besuchen. Dort wurde sie überaus herzlich aufgenommen, erfuhr Wärme, Liebe und ein ungeahntes Glücksgefühl. Zugleich wurde ihr aber auch eine völlig andere DDR gezeigt, die Nachtseite des Sozialismus, als ihre Mutter von ihren Zuchthaus- und Verfolgungsjahren berichtete, das waren für Katrin „Erzählungen aus einem unbekanntem Land“.

Sie konnte sich aber auch in die Situation der Mutter versetzen, der die wiedergefundene Tochter, sozialistisch erzogen, wie eine „Abgesandte aus dem Lager ihrer Verfolger“ vorkommen musste, zumal der staats-treue Schwiegersohn Olaf auch „einer von denen“ gewesen war. Auch die Schilderung der Begegnung

mit ihrer Mutter ist ein Meisterstück in diesem Buch! Dass sie, auf Versöhnung versessen, ihre beiden Mütter zur Aussprache an den Kaffeetisch bat, musste freilich scheitern: Die Gräben zwischen der Vertreterin der „herrschenden Klasse“, die die Macht hatte, Kinder von ihren Eltern zu trennen, und der politisch Verfolgten, die sich nicht dagegen wehren konnte, waren zu tief!

Katrin Behr ist heute eine selbstbewusste Frau, die nicht „an meinem Selbstmitleid ersticken“, sondern aktiv das noch kaum erforschte Thema „Zwangsadoption“ aufarbeiten wollte. Im November 2007 setzte sie ein Portal und eine Homepage ins Internet und gründete im Februar 2008 in Berlin den Verein „Hilfe für die Opfer von DDR-Zwangsadoptionen“: „Ich wollte Menschen, die in einer ähnlichen Situation steckten, helfen. Daher dachte ich über die Möglichkeiten nach, wie ich die zerrissenen Lebensfäden, die die DDR hinterlassen hatte, wieder miteinander verknüpfen und dabei ausfindig machen konnte, was damals wirklich geschehen war.“

Wer sie aufsuchen will, findet sie in ihrer Dienststelle in der Frankfurter Allee 187, 10.365 Berlin.

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Katrin Behr „Entrissen. Der Tag, als mir die DDR meine Mutter nahm“, Droemer-Verlag, München 2011, 304 Seiten, 16.00 Euro

Jährlich drei Gedenkveranstaltungen in Freiberg

Eine Korrektur des Bezirksgruppenvorsitzenden Siegfried Walther

In der Fg 704 ist erfreulicherweise eine Notiz über das Gedenken an den 17. Juni 1953 in Freiberg enthalten. Diese Notiz enthält leider einen Fehler, der mich als Vorsitzenden der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz bezeichnet, der ich aber nicht bin. Dieser Fehler hat seinen Ursprung in der *Freien Presse* vom 18. Juni 2011, den ich dort in der Ausgabe vom 26. Juni 2011 korrigieren ließ. (*Was hiermit auch für die Fg geschieht.*)

Zur Information möchte ich gleich noch einige kurze Ausführungen hinzufügen. Nach langen, zähen Vorbereitungen wurde der Gedenkstein zum Volkstrauertag am 19. November 1995 unter großer Beteiligung der Bevölkerung enthüllt. Seitdem werden jährlich drei Gedenkveranstaltungen (17. Juni, 13. August und Volkstrauertag) von der VOS-Bezirksgruppe Freiberg und der Stadtverwaltung durchgeführt. Das wird sehr geschätzt. Leider wird die Teilnehmerzahl aus biologischen Gründen von Jahr zu Jahr geringer, und die Jugend ist hierfür kaum zu gewinnen. Auch die von uns angesprochenen Bildungseinrichtungen können und wollen aus verschiedenen Gründen die Bestrebungen nicht unterstützen. Andererseits verspürt man jedoch bei Vorträgen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ein reges Interesse. Hierbei brauchen die Zuhörer aber nicht ihre Räumlichkeiten verlassen. Zur Gedenkveranstaltung müsste man dann zum Friedhof laufen, was den Leuten offenbar zu anstrengend ist ... *S. Walther*

Anm.: Der Redakteur bittet für die Verwechslung um Nachsicht und entschuldigt sich hiermit.

Eine ganze Schulklasse kam sogar aus Italien

Der Tag des offenen Denkmals in der Gedenkstätte Bautzen II war ein großer Erfolg

Wenn diese Freiheitsglocke erscheint, liegt es ziemlich genau 37 Jahre zurück, dass ich einen Tag „zu früh“ aus dem Arrest geholt wurde, um dann am nächsten Tag den Grund zu erfahren: „Strafgefangener Weiße, packen sie Ihre Privatsachen zusammen!“



Foto mit den Zeitzeugen in Bautzen II, 11.09.2011, Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Gedenkstätte Bautzen

Damals war noch nicht daran zu denken, dass ich am 11. September 2011 wieder im ehemaligen Isolationsgefängnis Bautzen II – heute Gedenkstätte – sein würde, und zwar als Zeitzeuge. Aber als ich mich am Tag zuvor auf den Weg nach Bautzen machte, ahnte ich auch noch nicht, dass diese Gedenkstätte ein so großes Interesse findet. Innerhalb von sieben Stunden wurden 2.000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Wie anschließend bei einem Empfang der Stadt Bautzen der Stellvertreter des Oberbürgermeisters berichtete, war die Gedenkstätte von den rund 20 Einrichtungen, die am Tag des offenen Denkmals in Bautzen geöffnet waren, wie auch schon in den Jahren zuvor wieder ein Publikumsmagnet, der die zweitgrößte Besucherzahl angezogen hatte. Gut besucht war auch am Tag zuvor die Sonderaufführung des Hans-Otto-Theaters Potsdam in Bautzen mit dem Zeitzeugenstück „Staatssicherheiten“.

Nicht nur für die Gäste war der Besuch beeindruckend. Es hat mich auch sehr bewegt, etwa wie ich dort mit einem älteren Ehepaar aus Bautzen über meine Erfahrungen in Bautzen und Hohenschönhausen sprechen konnte, das in jener Zeit in Bautzen gelebt hatte. Viele der Besucherinnen und Besucher sind aber auch von weit her nach Bautzen extra zu diesem Tag angereist. Stellvertretend für sie alle möchte ich eine Abiturklasse aus Italien nennen, die in Begleitung ihres Deutschlehrers den weiten Weg von Italien nach Bautzen gemacht hatte, um sich hier in der Begegnung

mit Zeitzeugen mit der jüngeren europäischen Geschichte auseinanderzusetzen. Eine solche Reise gehört jedes Jahr zum Programm der Abiturklasse, sagte er uns.

Dank sei an dieser Stelle Frau Silke Klewin und ihren haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern von der „Gedenkstätte Bautzen“ gesagt sowie der Stadt Bautzen, der es gelungen ist, das ehemalige Gefängnis in die Erinnerungskultur zu integrieren. Ihnen möchte ich auf diesem Wege zurufen, dass ich die Wertschätzung, die wir Zeitzeugen in Bautzen erfahren haben, als ein Stück Therapie empfunden habe. *Dr. Frieder Weiße*

Linke nutzt NRW-Tag und Tag der Einheit in Bonn für übliche Selbstanpreisung

Es war einfach anstrengend, diesen Linken-Irrsinn während des Nordrhein-Westfalen-Tages in Bonn dauerhaft zu ertragen. Vor allem die Frage nach der ursprünglichen SED wurde schlichtweg ignoriert. So blieb es bei der Anpreisung der untergegangenen DDR als soziales und gerechtes Paradies mit kleinen Störeffekten und bei der Selbstdarstellung der Linken als einziger Retter im kapitalistischen Katastrophen-System.

Leider fielen genug Gäste auf die propagandistische Makulatur herein. *Andreas Kaiser, Bonn*

Man muss Verständnis für eine gewisse Bearbeitungszeit haben – muss man wirklich?

Zum Leserbrief von Helmut Graf in Fg 707 „Ich bin ein alter Mann ...“

☒ Über den Artikel vom Kamerad Helmut Graf, Berlin „Ich bin ein alter Mann und möchte Klarheit über die Haft“ habe ich mich sehr gewundert. Dieser Artikel erweckt den Eindruck, dass wir Opfer völlig hilflos und im Stich gelassen werden hinsichtlich Akteneinsicht sind. Konnte man nicht dem Kameraden ein Schreiben senden, in dem man ihm mitteilt, wie und an wen er einen Antrag zur Akteneinsicht stellen muss? Ein Herr Gauck oder jetzt ein Herr Jahn ist, glaube ich, nicht der richtige Ansprechpartner für eine Akteneinsicht. Es gibt ja für die Opfer eine Stelle in dem jeweiligen Bundesland, in dem sie verhaftet worden sind.

Einen Antrag per E-Mail zu senden ist ebenso falsch. Wir haben im Jahr 1992 einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt und haben dort ebenfalls nur unvollständige Unterlagen vorgefunden. Das ist doch nicht verwunderlich nach all den Vorfällen, welche nach dem Mauerbau in den STASI-Zentralen stattgefunden haben. Auch in unseren Fall werden bis heute (und dies nach 20 Jahren) noch Akten gefunden, die wir noch nicht eingesehen haben. Man muss eben immer wieder die zuständige BSTU Stelle einschreiben und Verständnis für eine gewisse Bearbeitungszeit haben.

Dies alles ist Ihnen aber sicherlich nicht unbekannt und man hätte den Kameraden mit einem entsprechenden Brief unterrichten können. Wenn er sich schon darüber beschwert, dass bis heute seine Akten

nicht vollständig vorliegen, dann ist wohl nicht die Bundesrepublik und die BSTU daran schuld, sondern die Zustände, die nach dem Mauerfall in den STASI-Zentralen herrschten. Darüber wurde ja oft in Presse und TV berichtet.

Diese Veröffentlichung des Briefes ist eine von mir nicht nachvollziehbar Kritik an dieser Behörde und schadet dieser. Wir sollten alle froh sein, dass sie weiterhin bestehen bleibt und so manche noch offene Frage der Betroffenen durch sie geklärt werden kann.

Christa Thalacker

Anm. d. Red.: Die Freiheitsglocke steht den Opfern der SED, insbesondere aber allen VOS-Mitgliedern zur Benennung von Problemen, Meinungen und Ereignissen zur Verfügung, sofern diese keine diskriminierenden Inhalte haben. Dies war hier der Fall. Es kann andererseits aber nicht die Aufgabe des Redakteurs sein, die Opfer bei Unklarheiten im Umgang mit Behörden umfassend anzuleiten. Hierzu gibt es Beratungsstellen, in denen diese Aufgaben von ausgebildeten und bezahlten Mitarbeitern übernommen werden. Im Übrigen dürfte es der hier genannten Behörde, die zweifellos viel für die Opfer getan hat und tut und deren Mitarbeiter (bis auf 47 Bedienstete) von uns allen geschätzt werden, eher nützen als schaden, wenn in der Freiheitsglocke darauf verwiesen wird, dass es Antragsteller gibt, deren Schreiben nicht beantwortet worden sind.

Einheitsfeierlichkeiten auch am „unrunden“ Jahrestag

VOS-Bezirksgruppe Hamburg gedenkt der Opfer der Teilung am früheren Todesstreifen

Auch wenn es kein „runder“ Jahrestag der deutschen Einheit war, trafen sich die Kameradinnen und Kameraden der Hamburger VOS-Gruppe und auch Kameraden aus anderen Landesverbänden (u. a. S. Jahnke, W. Sauerzweig) zu einer Gedenkfeier am ehemaligen Todesstreifen an der Grenzsäule 231. Hier hat sich schicksalhaft die zweite deutsche Diktatur offenbart. Der Freiheitswille ehemaliger politischer Häftlinge wurde hier zusammengeschossen. Das Gedenken galt insbesondere Michael Gartenschläger, durch dessen Mut und Entschlossenheit die DDR vor der Weltöf-

fentlichkeit mit den Selbstschussanlagen, die entlang der Grenze installiert waren, konfrontiert wurde.

Mit den Farben Schwarz, Rot und Gold war es für alle ehemaligen Häftlinge auch diesmal eine Genugtuung auf dem ehemaligen innerdeutschen Todesstreifen zu stehen.

Unser nächstes Treffen findet am Samstag den 28. April 2012 statt. Im Mittelpunkt wird wieder das Gedenken an den Todestag Michael Gartenschlägers stehen. Er wird der 36. sein.

Uwe Rutkowski, Bezirksgruppe Hamburg



Ausflug nach Stolberg im Harz mit Opfergedenken

Magdeburger VOS unternimmt auch am Einheitstag eine gemeinsame Fahrt

Das schöne Herbstwetter am 4. Oktober 2011 (unmittelbar nach dem Einheitsfeiertag) nutzten einige Mitglieder der VOS-Bezirksgruppe Magdeburg für einen Ausflug in den Harz. Sie schlossen sich einer Busreise an und besuchten die Orte Stolberg und Bad Suderode, die besonders mit ihren Fachwerkbauten begeisterten.

Auf dem Friedhof in Stolberg legten sie am Grab von Siegfried Mingramm Blumen für ihn und seinen Bruder Heinz nieder. Siegfried Mingramm starb am 28. April 1951 in Bautzen. Zu diesem Zeitpunkt war sein Bruder Heinz Mingramm bereits zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Hinrichtung geschah am 31. März 1947 in Halle (Saale).



Von links: Waltraud u. Johannes Rink, Brigitte Schüler, Irmgard Lemke, Melanie Kollatzsch, Edda Ahrberg, Dorothea Harder, Wolfgang u. Gertrud Stiehl, Joachim Marckstadt.

Beide Brüder starben im Alter von 20 Jahren. An ihr Schicksal hatten Edda Ahrberg und Dorothea Harder in der Broschüre „Abgeholt und verschwunden“ 1 erinnert. Ebenfalls war in einem zweiteiligen Beitrag des Zeitzeugen Heinz Unruh über die Einzelheiten des schweren Todeskampfes von Siegfried Mingramm, der an Tuberkulose gestorben war, berichtet worden.

Edda Ahrberg/Wolfgang Stiehl

Hinweis: Aufgrund der Vielzahl der Bücher, die bei der Redaktion eingehen, kommt es auch zu Wartezeiten bei den Buchvorstellungen. Dennoch bin ich bemüht, alle Bücher unserer Kameraden vorzustellen. Demnächst folgen die Bücher von Günther Kowalczyk, Heinz Schneider. A. R.

Erinnerung an ein schweres Schicksal soll Jugend informieren

Kamerad Siegfried Jahnke hat seine Haft- und Hafterlebnisse in einem Buch festgehalten

Mit einem Buch, in dem er seine Haft- und DDR-Erlebnisse festgehalten hat, ist Kamerad Siegfried Jahnke, auch sonst eine wesentliche Stütze in der VOS-Arbeit, an die Öffentlichkeit gegangen. Das Buch wurde mit einem Vorwort von Prof. Gerhard Meinel, selbst VOS-Mitglied, versehen, das wir nachstehend abdrucken. Eine größere Besprechung ist vorgesehen.

In einer Zeit, die gekennzeichnet ist durch Verdrängung und Schönfärberei, in der die alten Kader wieder in führende Positionen drängen, und andererseits Demokratie und Freiheit als Selbstverständlichkeit angesehen werden, führen die Erinnerungen von Siegfried Jahnke in die Realität der DDR zurück.

Als Schüler erlebte und erkannte er das wahre Gesicht des Kommunismus und geriet so in die Hände der Schergen des Stalinistischen Systems.

Mit bewundernswerter Akribie beschreibt der Autor – Jahrzehnte nach seiner Verhaftung – die qualvolle Zeit seiner Haft und die systematische Zermürbungstaktik der Stasi, deren Ziel war, den Menschen zu „brechen“.

Nach seiner Verurteilung ging es in das Zuchthaus Bützow-Dreibergen. Dort begann eine neue Form der „Umerziehung“. Schikanen, Hunger und Kälte, unhaltbare hygienische Zustände – und ein Wachpersonal, das bemüht war, die „Politischen“ besonders zu erniedrigen.

Das Zuchthaus Bützow-Dreibergen, das kleinste unter den drei großen B (Bautzen, Brandenburg, Bützow), war in den 1950er und 1960er Jahren das primitivste und überfüllteste in der DDR.

Auch wenn der Autor bemüht war, diese Zeit sachlich und mit einem Schuss Humor zu schildern, bleiben Geist und Seele in dem Erleben gefangen. Viele Leidensgenossen aus dieser Zeit sind daran zerbrochen.

Es ist an der Zeit, der DDR-Nostalgie entgegenzutreten und der jungen Generation vor Augen zu führen, was eine Parteidiktatur bedeutet. Sie interessiert sich nicht für den Menschen, das Individuum, sondern ist nur am Erhalt seiner uneingeschränkten Macht interessiert.

Professor Dr. Gerhard Meinel

Wir trauern um

**Karl-Heinz Mäcker
Irmgard Schwarz
Irmgard Fischer**

**Bezirksgruppe Karlsruhe
Bezirksgruppe Bonn
Bezirksgruppe Dresden-Land**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Außenwirkung bis nach Japan

Hans Joachim Kögel ist wichtiger Vertreter der Stalinismus-Opfer und wird öffentlich gewürdigt

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe der Fg berichteten, beging unser Kamerad Hans Joachim Kögel in Heidelberg im August seinen 90. Geburtstag. Dieses wunderbare Jubiläum wurde auch von der lokalen Presse gewürdigt, die auf diesen außergewöhnlichen Zeitzeugen ohnehin immer ein Auge hat. Insbesondere wurden die Verdienste von Kamerad Kögel hervorgehoben, die er durch seine Aufrichtigkeit und seine freiheitsbestimmte Gesinnung in den beiden Diktaturen des vorigen Jahrhunderts an den Tag legte und für die er und seine Familie schwer zu büßen hatten. Dass sich Joachim Kögel auch jetzt noch als Lernender und Lehrender betätigt, wird ebenfalls in den Beiträgen der Tageszeitungen hervorgehoben. Kürzlich erst berichteten wir, dass er an der Universität in Heidelberg im Fach Geschichte an Vorlesungen teilnimmt und er dort nicht nur als ergänzender Hörer zu gelegentlichen Meinungsäußerungen zu Wort kommt, sondern als authentischer Zeitzeuge gefragt ist. Seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse aus der Geschichte haben ebenso Gewicht wie seine Meinung zu aktuellen politischen Ereignissen. Dies stellt er auch bei Zeitzeugenveranstaltungen an Schulen unter Beweis. Erfreulich aus Sicht der VOS ist, dass hier zunehmend die Bedeutung unseres Opferverbandes einbezogen wird.

Die Außenwirkung unseres „studentischen Musterschülers“ reicht inzwischen bis über die Landes- und Kontinent-Grenze hinaus. Anlässlich des 625-jährigen Bestehens der Universität Heideberg im Mai 2011 reiste ein japanisches Fernsehteam in der Uni an und stellte mit dreitägigen Aufnahmen einen Filmbericht über die Universität, die Bibliothek und Veranstaltungen im großen Hörsaal zusammen. Hier wurden auch der Dozent Professor Wolfrum und der „studentische Nestor“ Kögel einbezogen. Das japanische Fernsehpublikum wird nun nicht nur über die traditionsreiche Heidelberger Universität etwas erfahren, sondern auch über die kommunistische Diktatur, die VOS und den Kampf der überlebenden Zeitzeugen um die Vermittlung von Wahrheit und geschichtlichen Details. Auch das dürfte uns alle mit Stolz erfüllen.

In einem Interview in der in Heidelberg erscheinenden Rhein-Neckar-Zeitung kam nun anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Mauerbau-Datums von 1961 der Geschichtspräsident Edgar Wolfrum zum Thema Mauerbau und Ulbricht'sche Rolle und Haltung zum selben Thema in einem umfassenden Interview zu Wort. Es ist erfreulich zu lesen, dass Professor Wolfrum von einer klaren Geschichtskonstellation ausgeht, wie sie auch von vielen Opfern des Stalinismus vertreten wird. Insbesondere Ulbrichts zur Legende gewordene Aussage „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“, wird von Professor Wolfrum als Beleg gewertet, dass Ulbricht hier eine bewusste Lüge aufgetischt hat und in Wahrheit die Pläne für die Errichtung der Mauer schon bestanden hatten. Vor allem habe die Äußerung dazu gedient, die kommunistische Weltregierung in Moskau noch einmal auf die Notwendigkeit des Mauerbaus hinzuweisen. Professor Wolfrum unterstützt somit die These, wonach der damalige SED-Chef Ulbricht entscheidenden Anteil an der Errichtung einer derart menschenfeindlichen Staatsgrenze gehabt habe.

Hugo Diederich

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 – 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion: A. Richter

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- neue Bundesländer 40,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (709) erscheint im November 2011

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 708: 17. Okt. 2011